Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten ohne und mit Versand, an Sonn- und Montagen nur einmalig 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bzw. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche werden unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik **J. M. Korschatz,** Hoflieferant Altmarkt 6
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarnierte und garnierte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile ca. 6 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 40 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Glaswaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Königl. Sächs. Hoflieferanten, **Neumarkt 11.**
Fernsprecher No. 6081.

Raucht PATENT STROHMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg. an
Egyptian Cigarette Company
Cairo. – Berlin W. 64. – Frankfurt a./M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Kunst-Salon von **Emil Richter**
Prager Strasse Prager Strasse
Hochzeits- Geschenke
Geschmackvoll. * Künstlerisch. * Preiswert.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf.,** Marienstr. 20, 3 Raben.

Nr. 125. Spiegel: Die Darmstädter Stichwahl. Hofnachrichten, Metallarbeiterbewegung. Verbandstag der Mietervereine, Wettschwimmen. Lage in Rußland, Französ. Wahlen, Engl.-türk. Konflikt. | Mutmaßl. Witterung: Warm, heiter, Gewitterneigung. | **Dienstag, 8. Mai 1906.**

Die Darmstädter Stichwahl

ist für jeden ernsten Politiker ein Stich ins Herz gewesen, denn weiter kann die Selbstzerfleischung des deutschen Bürgertums nicht getrieben werden, als es hier geschehen. Kann man es zur Not noch verstehen, wenn in gewöhnlichen Zeiten über dem trennenden Parteigötzentum das allen staatserhaltenden Elementen Einigende und Gemeinsame allzu leicht vergessen wird, so scheint es doch unbegreiflich, daß heutzutage, wo noch jüngst die revolutionären Endziele der Sozialdemokratie für jedermann so plastisch-deutlich in Erscheinung getreten sind, ein Teil des Freisinns sich dazu hergegeben hat, dem Kandidaten der Umsturzpartei zum Siege zu verhelfen. Dieser Verrat an der vaterländischen Sache einem allen bürgerlichen Parteien gemeinsamen Feind gegenüber wiegt um so schwerer, als der Wahlkreis Darmstadt-Großgerau mit Leichtigkeit der Sozialdemokratie hätte entrissen werden können und die freisinnigen Helfershelfer der „Genossen" sich nicht einmal mit der faulen Ausrede zu entschuldigen vermögen, daß ihnen die besonderen örtlichen Verhältnisse keinen anderen Ausweg gelassen hätten. Bei der Stichwahl in Darmstadt-Großgerau war selbst für einen Ueber-Freisinnigen von einer Zwangslage nicht die Rede, weil dort ja nicht etwa zwischen einem konservativen „Erzreaktionär" und einem „gemäßigten" Sozialdemokraten, sondern zwischen einem wirklich maßvollen Nationalliberalen und einem ultraradikalen, scharlachroten Schildträger der Herren Singer, Bebel und Stadthagen zu wählen war. Da hätte, sollte man meinen, einem deutschen Bürger selbst freisinnigster Observanz die Entscheidung für oder wider nicht allzu schwer fallen können! Aber die Jünger der Herren Barth und Naumann sind anderer Ansicht gewesen und haben in ihrer Wahlparole bekanntlich ganz offen ihren Anhängern empfohlen, bei der Stichwahl für den Sozialdemokraten Berthold einzutreten. Ganz wohl ist es ihnen dabei nicht ums Gewissen gewesen, denn sie gaben sich die erdenklichste Mühe, ihre unglaubliche Wahlparole mit einem anständigen Mäntelchen zu decken. Der nationalliberale Kandidat Dr. Stein, so hieß es, sei keinesfalls ein „zuverlässiger" Bekenner liberaler Ueberzeugung. In den zwei Jahren bis zu den nächsten Reichstagswahlen komme keine Angelegenheit der nationalen Politik mehr in Frage, wegen deren man einen Sozialdemokraten nicht wählen dürfe, und was dergleichen Ausflüchte mehr sind. . . . Sich selbst mögen die Linksliberalen mit solchem Elendwerk der Hölle vielleicht ein X für ein U machen, anderen gegenüber gelingt ihnen das nicht. In der Frage, die für den Freisinn und den Nationalsozialismus gelegentlich der Darmstädter Stichwahl zur Entscheidung stand: ob sie im letzten Grunde für die Stärkung des Bürgertums oder die Stärkung der Sozialdemokratie, die Wahrung der nationalen Güter oder die Förderung der sozialen Revolution eintreten — hierin ist jetzt eine völlige Klärung erzielt worden. Für unsere oft vertretene Ansicht, daß ein Freisinn à la Barth und ein Nationalsozialismus à la Naumann nur eine Vorfrucht der Sozialdemokratie bedeutet, hat die Stichwahl in Darmstadt-Großgerau wohl den vollgültigsten Beweis geliefert.

Um den bündigen Beleg der Tatsachen für obige Ausführungen zu geben, seien kurz die Zahlenverhältnisse in der Stimmabgabe bei der Haupt- und Stichwahl angeführt. Bei der Hauptwahl erhielt der Sozialdemokrat 13 355, der nationale Kandidat 10 320 und der Vertreter des Nationalsozialismus, Sozialliberalismus, der geeinigten „großen liberalen Partei" usw., Pfarrer Korell, 5323 Stimmen. Bei der Stichwahl sind für Berthold 16 568, für Dr. Stein 15 789 Stimmzettel abgegeben worden; das sind für ersteren 3243, für den letzteren 5469 Stimmen mehr. Rechnet man die Reserven, welche die vereinigten nationalen Parteien für Dr. Stein noch heranholen konnten, in runder Schätzung auf etwa 4000 Mann, so haben sich von den Stimmen des linksliberalen Mischmaschkandidaten etwa 2000 für den nationalen, dagegen 3000 für den sozialdemokratischen Bewerber entschieden. Diese 2000 Mann, die zuerst für Pfarrer Korell, dann aber für Dr. Stein eintraten, dürften sich aus Anhängern der freisinnigen Volkspartei und aus solchen Elementen zusammensetzen, die man heute die „alte" freisinnige Vereinigung nennt. Da die 3000 bis 4000 Wähler, welche der schmählichen Parole für den Sozialdemokraten folgten, von den eigentlichen Naumannianern des Kreises niemals aufzubringen waren, so ergibt sich, daß hier 2000 bis 3000 Mann von jenem undefinierbaren Linksliberalismus der roten Fahne nachliefen, die, im Herzen der Sozialdemokratie zuneigend, die bürgerlichen Brücken hinter sich öffentlich nicht abbrechen möchten, weil sie zu feige dazu sind. „Genosse" Berthold kann sich jedenfalls bei den famosen Wadenstrümpflern und Nationalsozialen — die notabene das Wort „national" nur noch als Zierat im Wappen führen — mit tiefem Knix bedanken, daß sie ihm in den Reichstag verholfen haben. Für die bürgerlichen Parteien aber gilt es, die Lehre aus den Darmstädter Vorgängen zu ziehen und gewisse „Liberale" genau so einzuschätzen und zu behandeln wie die Sozialdemokraten. Man kann deshalb dem führenden Organ der von dem kläglichen Wahlausfalle zunächst betroffenen Nationalliberalen nur beipflichten, wenn es in gerechter Entrüstung dem wadenstrümpflerischen Freisinn und seinen nationalsozialen Trabanten das folgende kräftige Sprüchlein ins Stammbuch schreibt: „Eine Partei, die sich in anmaßendem Größenwahn herausnimmt, eine große, allumfassende liberale Parteivereinigung zu propagieren und den größeren liberalen Gruppen das Programm zu diktieren, und die bei der ersten Probe auf ihr Blockexempel schmählichen Verrat an demselben Liberalismus begeht, den sie einigen zu wollen vorgibt, ist politisch nicht ernst zu nehmen. Die freisinnige Vereinigung hat sich in Darmstadt ihr Grab gegraben und ist im Sterben noch zum Gespött der eigenen Anhänger geworden. Den Einwand, es handle sich in Darmstadt um eine lokale Erscheinung, können wir als stichhaltig nicht anerkennen. Denn wir haben kein Tadelswort, keine Warnung, keinen Appell ans liberale und ans nationale Gewissen gehört, der vom Vorstand der freisinnigen Vereinigung nach Darmstadt gerichtet worden wäre. Mit diesen Wadenstrümpflern muß einmal gründlich Fraktur geredet werden. Die politische Bedeutung der freisinnigen Vereinigung muß denen um Barth und Naumann bei den Wahlen 1908 so gründlich ad oculos demonstriert werden, daß das Häufchen Unglück in einer Droschke nach dem Reichstage fahren kann. Eine Fraktion „freisinnige Vereinigung" wird es von 1908 ab hoffentlich nicht mehr geben."

Das sind deutliche Worte, die man aber vom liberalen Standpunkte aus betrachtet wohl verstehen kann; hat doch der Darmstädter Wahlausgang einen unangenehm dicken Strich durch die Einigungs-Phantasien der liberalen Parteien gemacht, an denen letztere trotz ihrer Unerfüllbarkeit mit geradezu rührender Ausdauer hängen. Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei in Berlin hat soeben einstimmig seine Entrüstung über die Haltung der freisinnigen Vereinigung ausgesprochen und die Weisung ausgegeben, die Kandidaten dieser Partei so lange nicht zu unterstützen, bis eine Sicherheit gegen die Wiederholung eines derartigen „Verrats an der liberalen Sache" geboten worden sei. Da wird es wohl mit dem „Zusammenschluß aller Liberalen" noch gute Weile haben! Doch das sind interne Partei-Angelegenheiten, mit denen die sich befassen mögen, die es angeht. Wir von unserem großen nationalen Standpunkte aus können nur immer wieder unserer Entrüstung und unserem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß der Fall Darmstadt für das gesamte deutsche Bürgertum ohne Unterschied der Partei einen Faustschlag ins Gesicht bedeutet. Die Siegeszuversicht der Sozialdemokraten wird dadurch gesteigert, während die der staatserhaltenden Parteien geschwächt worden ist. Man soll die moralischen Imponderabilien in keinem Kampfe unterschätzen, besonders aber nicht im politischen. Wie sehr würden die Angriffslust und Angriffskraft des Bürgertums gegenüber der Umsturzpartei für die bevorstehenden Reichstagswahlen im Jahre 1908 gesteigert worden sein, wären die Reichstags-Ersatzwahlen der Mehrzahl nach zu seinen gunsten ausgefallen?! Angesichts der sich stets erneuenden Mißerfolge aber wird es doppelte Arbeit kosten, alle Mann an Deck zu bringen, um in kräftiger Gemeinbürgschaft mit dem Stimmzettel in der Hand des zunächst gefährlichsten Staats- und Volksfeindes einigermaßen Herr zu werden. Unmöglich ist das nicht, wenn überall die richtige Lehre aus der Darmstädter Wahl gezogen wird, denn auch die Darmstädter Wahl zeigt wieder, daß die sozialdemokratischen Stimmen an und für sich im Rückgange begriffen sind. Ohne die Wahlhilfe, die der Umsturzpartei unbegreiflicherweise von bürgerlicher Seite zu teil geworden ist, wäre sie in der Stichwahl mit Pauken und Trompeten durchgefallen. Wenn sie nun auch mit Ach und Krach den Wahlkreis behauptet hat, so kann sie auf diesen Sieg trotzdem nicht allzu stolz sein. Von großem Siegesjubel ist denn auch in der roten Presse nicht viel zu finden: man spürt doch zu sehr den Pyrrhussieg.

Neueste Drahtmeldungen vom 7. Mai.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Zigarettensteuergesetzes wird fortgesetzt. § 9 bestimmt, daß Inhaber tabakverarbeitender Betriebe jeder Art, die neben der Anfertigung von Tabakerzeugnissen den Kleinverkauf von Zigarettentabak oder von Zigaretten betreiben wollen, dies unter genauer Beschreibung der Räume, in denen der Kleinverkauf stattfinden soll, der Steuerbehörde anzuzeigen haben. Die Betriebe unterliegen den zur Sicherung des Steuereinganges anzuordnenden Maßnahmen. Abg. Geyer (Soz.) protestiert gegen solche schwere Belästigungen. — § 9 wird genehmigt. — Bei § 11, Vorschriften über Lagerung der fertigen Erzeugnisse sowie Buchführung, erhebt Abg. v. Elm (Soz.) Einspruch gegen die aus einzelnen dieser Vorschriften erwachsenden Belästigungen. — Abg. Westermann (natl.) widerspricht diesen Beschwerden. — § 11 wird angenommen. — Abg. Molkenbuhr (Soz.) befürwortet einen Antrag auf Entschädigung arbeitslos werdender Arbeiter. Man müsse den arbeitslos Gewordenen wenigstens so viel Entschädigung gewähren, daß sie sich eine neue Existenz gründen oder auswandern könnten. — Staatssekretär Freiherr v. Stengel bittet, den Antrag abzulehnen. Die Befürchtungen von Arbeiter-Entlassungen seien übertrieben. Die Annahme eines solchen Antrages würde unabsehbare Konsequenzen auf allen Gebieten der Gesetzgebung nach sich ziehen. Bei der Schaumweinsteuer habe man auch Arbeiterentlassungen infolge Rückganges des Konsums in Aussicht gestellt, und dabei würde heute mehr Sekt getrunken als vor Einführung jener Steuer. — Abg. Graf Mielczynski (Pole) befürwortet einen Zusatz zu dem sozialdemokratischen Antrage, wonach ausdrücklich die Entschädigung der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen ausgesprochen werden soll. — Abgg. Jaeger (Zentr.) und Held (natl.) widersprechen dem sozialdemokratischen Antrage. Insoweit wirklich Arbeiterinnen entlassen würden, würden sie in anderen Industrien Unterkunft finden. — Abg. v. Elm (Soz.) bestreitet, daß die Befürchtnisse seiner Freunde übertrieben seien. Die Fabrikanten würden zweifellos unter dem Druck der Steuer zum mindesten, sofern sie nicht zur Massenfabrikation übergingen resp. diese ausdehnten, die Löhne für die Handarbeit so drücken, daß viele Arbeiter und Arbeiterinnen dabei nicht mehr bestehen könnten. Staatssekretär Freiherr v. Stengel erwidert auf den Hinweis des Vorredners, daß die Regierungen bei Vorlegung des Monopolgesetzes selber Entschädigungen vorgeschlagen haben, sowohl für Arbeiter wie für die Unternehmer. Bei einem Verbot des ganzen Privatbetriebs seien Entschädigungen unvermeidlich. Hier aber handle es sich um ein solches Verbot nicht. — Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt und damit auch der polnische Zusatzantrag. Ohne Debatte wird dagegen ein Kompromißantrag angenommen, wodurch die Festsetzung der Ausfuhrvergütung auf Zigaretten, Tabak und Zigarren durch den Bundesrat ermöglicht werden soll. § 33 handelt von den Uebergangsvorschriften. Darnach sind die bei Inkrafttreten des Gesetzes vorhandenen Vorräte binnen einer Woche beim Steueramte anzumelden und zu versteuern, gegen Sicherheitsgestellung ist jedoch die Steuer auf 6 Monate zu stunden. Ein Kompromißantrag will zulassen, daß die Vorräte noch drei Monate lang steuerfrei verkauft werden dürfen. Die Stundungsfrist soll sich darnach auf weitere drei Monate erstrecken. — Der Antrag wird angenommen. — Ohne Debatte gelangt der Rest des Gesetzes (Roll- und Schlußbestimmungen) in der Fassung der Kommission zur Annahme, ebenso die von der Kommission beantragte Resolution, die Regierung zu ersuchen, für die Herstellung von Zigaretten durch Heimarbeit auf Grund des § 120, Abs. 3 und des § 139a, Abs. 1 der Gewerbeordnung Bestimmungen zu treffen. — Dann wird die Reichsstempelgesetznovelle in zweiter Lesung beraten, zunächst der Frachturkundenstempel. Die Kommission hat den Paketstempel und den für Einzelsendungen beseitigt und nur den Stempel der ganzen Wagenladungen und ganzer Schiffsgefäße bestehen lassen. — Abg. Lipinski (Soz.) wendet sich gegen die Besteuerung des Schiffsverkehrs, ebenso Abg. Kämpf (freis. Volksp.). Letzterer führt aus: Wenn man sich darauf berufe, daß der Seeverkehr bereits einen Frachtstempel habe, so erinnere das an die Anfänge des Börsengesetzes. 1881 habe man mit einem Fixstempel von 20 Pf. auf Wertpapiere angefangen und gesagt, eine solche Steuer sei ja so gering. 1885, 1894 und 1900 seien dann solche Vervielfachungen der Börsensteuer erfolgt, daß die Leistungsfähigkeit der Börse dadurch stark geschwächt worden sei, worauf es auch zurückzuführen sei, daß die Begebung der preußischen und Reichsanleihen solche Schwierigkeiten gemacht habe. Wie stehe es denn eigentlich mit der Novelle zum Börsengesetz? Der Entwurf sei doch schon längst vom Bundesrate angenommen. Auf jeden Fall wolle er den Warenverkehr vor solchem Schicksal, wie es der Börsenverkehr erlitten habe, bewahrt wissen. Seine Freunde lehnten diesen Frachturkundenstempel ab. — Staatssekretär Freiherr v. Stengel erwidert: Die Börsengesetznovelle sei Angelegenheit des Reichsamtes des Innern; er sei nicht in der Lage, darüber Auskunft zu geben. Der vorliegende Stempelvorschlag sei so minimal, daß ihn Handel und Verkehr leicht tragen würden. (Zuruf: Minimal?) Irgend woher müßten doch jedenfalls die Gelder beschafft werden. — Abg. Graf Kanitz (kons.) bemerkt zunächst, daß zur Beratung der Börsengesetznovelle in dieser Tagung unmöglich Zeit übrig sei und befürwortet den Zusatz, um eine Lücke betreffend den deutsch-holländischen Grenzverkehr zu Wasser auszufüllen. — Abg. Gothein (freis. Vgg.) wendet sich zunächst gegen diesen Antrag und bestreitet dann, daß es nach der Reichsverfassung überhaupt zulässig sei, derartige Stempelabgaben auf den Schiffsverkehr zu legen. Nach Artikel 54, Absatz 2, der Verfassung dürften auf allen natürlichen Wasserstraßen Abgaben nur erhoben werden für besondere Anstalten zur Erleichterung des Verkehrs. Um solche handle es sich hier nicht. Auch die Rhein- und Elbschiffahrtsakte widersprächen dem Stempel, denn diese internationalen Verträge untersagten Abgaben auf diesen Strömen. Um lumpige 200 000 Mark, die der Frachtstempel bringen solle, wolle man sich hier in Widerspruch setzen mit der Reichsverfassung und jenen internationalen Verträgen und dadurch den ganzen Binnenschiffahrtsverkehr belästigen. — Abgg. Dove und Kämpf (freis. Volksp.) beantragen Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission. — Staatssekretär Freiherr von Stengel erklärt, daß dieser Antrag nur zur Folge haben könne, daß die ganze Finanzreform für diese Session scheitere. Es werde damit nichts weiter bezweckt als die Fortdauer unserer Finanzmisere. Das vorliegende Gesetz enthalte in der Tat nur minimale Auflagen auf den Frachtverkehr. Mit dem in Artikel 54 der Reichsverfassung untersagten Abgaben habe dieser Stempel nichts zu tun. Was hier vorgeschlagen werde, sei keine Abgabe, sondern ein Stempel. — Abg. Wiemer (freis. Volksp.) bestreitet, daß die Zurückverweisung ein Scheitern der ganzen Finanzreform bedeute, da diese doch nicht von den 200 000 Mark abhängig sei. Der finanzielle Effekt stehe in keinem Verhältnis zu der ganzen Bedeutung dieser Frage. — Abg. Dove (freis. Vgg.) möchte wissen, ob alle Bundesregierungen in bezug auf die Verfassungsfragen ein so weites Gewissen hätten. Der Stempel sei jedenfalls eine Auflage. Was ihn zu der durch Artikel 54 der Reichsverfassung verbotenen Abgabe mache, sei, daß die Ausstellung der Frachturkunde obligatorisch gemacht werde. — Der Antrag auf Zurückverweisung wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt und dann der ganze Abschnitt Fracht-

Pramanns Erbswurst!
Pramanns Suppen! * Fabrik Radebeul I/S.